

stellen, daß von diesem Boden aus praktisches politisches Handeln eben nicht möglich ist.

Suche nach Wegen zur Überwindung der Not

Man kann sich übrigens auch nicht mehr über Erfolge freuen, wenn man nur das Absolute gelten läßt. Ich habe den Eindruck, daß Teile der Friedensbewegung sich über die ersten Schritte zur Abrüstung nicht freuen, weil diese Schritte das Ergebnis des Nachrüstungsbeschlusses sind und nicht Folge der Sitzblockaden. Ähnliches gilt auch für die Beurteilung zum Beispiel der Leistungen und Ergebnisse der Entwicklungshilfe.

Es ist richtig und nötig, daß Christen immer wieder auf die Not vieler Menschen in der 3. Welt hinweisen und nach Wegen zur Überwindung der Not suchen; aber auch hier: mit der Forderung nach einer ganz anderen Weltwirtschaftsordnung ist es nicht getan, solange die angebotenen Alternativen weniger leisten. Aber es gibt hier eine merkwürdige Affinität zu planwirtschaftlichen Vorstellungen; das vielleicht auch deshalb, weil manche Christen das Verteilen von Gütern als die der Nächstenliebe nähere Aufgabe betrachten als die Herstellung.

All diese Erscheinungen zeigen ein – um es vorsichtig auszudrücken – problematisches Verhältnis vieler Christen zum politischen Bereich.

Man hat bisweilen den Eindruck, daß bestimmte Gruppen um so stärker von der Erde abheben, je mehr sie sich mit politischen Problemen befassen. Aber das muß wohl die Folge sein, wenn der Glaube an das Evangelium verkürzt wird zu einer Ethik politischen Handelns und wenn dann bestimmte politische Entscheidungen als schlechtliniges Zeichen ernstern Glaubens gelten.

Diskussion innerhalb der Kirche führen

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: wir wollen keine Kirche, die diesem oder jenem Parteiprogramm, auch nicht dem der Unionsparteien, das Placet erteilt. Aber wir möchten, daß in unserer Kirche sich nicht diejenigen zunehmend heimatlos fühlen, die unter den Bedingungen unserer Zeit in der Verantwortung vor Gott sich bemühen, für Frieden in Freiheit, für Recht und Ordnung, für soziale Wohlfahrt zu sorgen. So wie Kirche auf Gottes Reich hinweist und damit alles politische Handeln dem entscheidenden Kriterium unterwirft, so müssen wir heute bisweilen darauf hinweisen, daß man sich an die Welt verlieren

kann gerade dann, wenn man sie nach unmittelbaren vermeintlich biblischen Weisungen meint gestalten zu können.

Der EAK hat heute in viel stärkerem Maße als früher diese Diskussion innerhalb unserer Kirche zu führen; eine Diskussion, die deshalb so schwierig geworden ist, weil die Fähigkeit, sich gegenseitig zu verstehen, erheblich abgenommen hat.

Ein Beispiel: wenn kürzlich in einer evangelischen Akademie ein sowjetrussischer Diplomat als Zeichen der Versöhnung das Verbot der Landsmannschaften forderte und dafür Beifall erhielt, während ich mit meinem Hinweis auf die Charta der Vertriebenen Widerstand provozierte, dann kennzeichnet das die Verwirrung, ein irriges Verständnis von Versöhnung. Hier ist viel Arbeit zu leisten, denn es geht um die Abgrenzung gegen eine neue Form fundamentalistischen Denkens, das der Ideologie sehr nahe kommt.

Andererseits fragen wir: sind die Unionsparteien für diese geistige Auseinandersetzung gerüstet, ja, haben sie die Notwendigkeit dieser Klärung erkannt? Wer die Beschlüsse des Wiesbadener Parteitages aufmerksam gelesen hat, wer die Diskussion im Bundesvorstand im Vorfeld dieser Beschlüsse miterlebt hat, wird der Führung der Union Verständnis für diese Probleme und Bereitschaft, sie grundsätzlich zu durchdenken, bestätigen.

Aber das Ringen um die Politikfähigkeit unseres Volkes wird in den Ortsverbänden und Gemeindegemeinschaften entschieden, im Gespräch zwischen Pfarrern und Jugendlichen einerseits und den Mandatsträgern der Union andererseits. Die Zahl der Unionsmitglieder, die dazu fähig und bereit sind, ist viel zu gering. Auch in dieser Beziehung aber gilt: Eine Partei, die sich auf die kurzatmige Lösung örtlicher Probleme beschränkt, kann nicht glaubwürdig den Anspruch auf die Führung unseres Volkes erheben.

Wie wichtig, ja lebensnotwendig es ist, die großen Fragen unserer Zeit grundsätzlich anzugehen, das zeigt sich in allen Aufgabenbereichen: Wenn die Gesundheitsreform nur unter dem Gesichtspunkt der Wahrung von Besitzständen und nicht des Gemeinwohls diskutiert wird, wenn bei der Rentenreform die Folgen des katastrophalen Geburtenrückganges kaum in den Blick kommen, wenn wir es zulassen, daß der große Wurf der Steuerreform zerredet wird, weil der Appell an die Verantwortung jedes einzelnen nicht mehr gehört wird, dann ist das kein Zeichen der geistigen Kraft, ohne die Politik zur Geschaftehuberei verkümmert.

Diese Aufgaben umschreiben heißt aber auch: Nur die Unionsparteien sind von ihrem Selbstverständnis und von ihren Grundlagen her fähig, die großen Fragen unserer Zeit zu lösen. Weil wir das sehen und zugleich die oft bestehenden Mängel erkennen, melden wir als EAK in unserer Partei wie in unserer Kirche uns so engagiert zu Wort. ...

Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen

Verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung

Dr. Heiner Geißler

Unter dem o. a. Tagungsmotto hat der CDU-Generalsekretär, Dr. Heiner Geißler, eine vielbeachtete Rede gehalten, aus der wir im folgenden die einleitenden grundsätzlichen Passagen wiedergeben.

Der EAK – Forum für evangelische Christen in der CDU

Der Evangelische Arbeitskreis hat sich mit dem Motto „Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“ ein zentrales Problem der gesellschaftspolitischen Diskussion als Schwerpunkt gewählt. „Frieden und Abrüstung“, „Schutz des ungeborenen Lebens“, „Friedliche Nutzung der Kernenergie“ und „Die Bewahrung der Schöpfung“ sind Themen, die die Diskussion evangelischer Christen besonders bestimmt. Gerade in diesen Fragen muß die Union ihre Sensibilität und Handlungskompetenz überzeugend unter Beweis stellen. Ich erwarte daher von dieser Tagung wichtige Impulse für die programmatische Diskussion der CDU.

Politische Impulse für die CDU zu geben und die Auseinandersetzung mit geistig-politischen Themen im kirchlichen Raum halte ich für die vorrangige Aufgabe des EAK. Für den EAK bedeutet dies, im konkreten Gespräch mit Kirchengemeinden, Pfarrern, kirchlichen Mandatsträgern und interessierten Christen den Standpunkt der Union in politischen Fragen darzulegen, aber auch die Fragen und Anregungen engagierter Christen in die Partei hineinzutragen.

Daß dies keine leichte Aufgabe ist, erfahren Unionspolitiker immer wieder auf Kirchentagen, Veranstaltungen evangelischer Akademien und Synoden, wobei ich mir wünsche, daß sie von dieser Möglichkeit der Diskussion häufiger und regelmäßiger Gebrauch machten. Die spürbare Distanz in Teilen des kirchlichen Bereichs gegenüber der CDU zu erken-

nen und abzubauen, muß im Zentrum der Arbeit des EAK stehen. Nur wer in der Kirche bleibt, kann sich weiter an der theologischen und innerkirchlichen Diskussion beteiligen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, kirchliche Aufgaben und Ämter zu übernehmen. Ich danke Ihnen und allen übrigen Mitgliedern des EAK für Ihren aktiven Einsatz im Dienste an unserer gemeinsamen Sache.

Verantwortung übernehmen

„Die Grenze ist der eigentliche Ort der Erkenntnis“, heißt es bei dem evangelischen Religionsphilosophen Paul Tillich. Wenn wir an diesem Wochenende zusammengekommen sind, um darüber zu reden, wie wir die Schöpfung bewahren und das Leben schützen können, so tun wir dies nicht zuletzt aus der wachsenden Erkenntnis, daß wir in vielen Lebensbereichen an Grenzlinien angelangt sind, daß wir vor Weggabelungen stehen, die weitreichende und folgenschwere Entscheidungen von uns verlangen.

Wir fühlen uns betroffen von den immer noch ungelösten Problemen

des Hungers in der Welt; die zunehmenden weltweiten Umweltprobleme erschrecken uns; wir sorgen uns um die Sicherung des Friedens und sehnen uns nach Abrüstung. Und wir fühlen uns nicht weniger betroffen von der hohen Zahl der Abtreibungen in unserem wohlhabenden Land.

Wir erkennen immer deutlicher die Grenzen eines rein quantitativen Wachstums; wir müssen erfahren, daß viele der von uns oft so rücksichtslos genutzten Ressourcen nur begrenzt zur Verfügung stehen; und nicht zuletzt spüren wir eine Bedrohung der Würde und Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens.

Wir müssen den Mut aufbringen zur Besinnung, zu einem Neubeginn im verantwortlichen Umgang mit dem Leben und mit unserer vermeintlichen Macht über die Natur. Der Mensch als Geschöpf Gottes ist dazu aufgerufen, in verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten. Dabei besteht unsere politische Aufgabe darin, Bewährtes zu schützen und neue Perspektiven politischen Handelns zu entwickeln, um den Wandel in Freiheit zu bewältigen und die Welt schrittweise freier, gerechter und menschlicher zu machen.



CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler

Dem christlichen Menschenbild verpflichtet

Für unser politisches Handeln ist das christliche Menschenbild die verbindliche Richtschnur. Diese Bindung drückt sich im Namen unserer Partei aus. Aber folgen uns auch die Bürger in dieser Überzeugung?

Wenn sich in manchen großen Städten, wie zum Beispiel in Hamburg, die Christen beider Konfessionen zahlenmäßig beinahe in der Minderheit befinden, sind dann das „C“ in unserem Namen und das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik noch mehrheitsfähig, ist das „C“ Abschreckung oder Anziehung? Und wenn heute 80 % der Bevölkerung nur noch eine lockere oder gar keine Bindung an die Kirche mehr haben, nützt dann das „C“ oder schadet es uns? Muß man da nicht berücksichtigen, was Richard von Weizsäcker einmal gesagt hat: dieser Parteiname biete „keine höheren Wahlchancen, sondern allenfalls Angriffsflächen“?

Aber was ist das „C“ in unserem Namen heute? Es ist in dieser sehr weitgehend säkularisierten Welt das, was es von Anfang an war: Provokation und Ärgernis; es ist unbequem, Herausforderung, Stein des Anstoßes. Aber es ist – so wie schon immer – gleichzeitig auch Signal in einer Zeit des Wertewandels, Hoffnung in einer angsterfüllten Zeit, Maßstab in einer Zeit grenzenloser Freiheit, menschliches Gegengewicht zu einer entfesselten Technik und Wissenschaft.

Ich halte es für völlig falsch, wenn Erhard Eppler und die Sozialdemokraten behaupten, eine Partei könne und dürfe kein verbindliches Menschenbild haben, das sei Privatsache. Es komme auf die Grundwerte an.

Schutz des ungeborenen Kindes ohne verbindliches Menschenbild? Soziale und personale Menschenrechte ohne verbindliches Menschenbild? Verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung ohne verbindliches Menschenbild?

Um es ganz klar zu sagen: Wer ein verbindliches Menschenbild zur

Privatsache erklärt und es als Voraussetzung für die Politik ablehnt, nimmt jeder Gesellschaft und jedem Staat die Orientierung an der Würde des Menschen und seinen Rechten. Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit.

Eine wahrhaft freiheitliche Gesellschaft braucht eine Idee, die sich auf den ganzen Menschen bezieht, ohne allerdings den Menschen zu unterwerfen. Und diese Idee ist für die Christlich Demokratische Union das christliche Menschenbild, das heißt die Idee der Würde des Menschen als der von Gott geschaffenen Person.

Deswegen bleibt der Kern unseres Programms richtig, unabhängig davon, ob es in Hamburg 45 % oder 75 % Christen gibt, und unabhängig davon, wie viele Leute sonntags in die Kirche gehen. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind für Wählerinnen und Wähler erlebbar und nachvollziehbar, unabhängig davon, ob sie die religiöse Begründung teilen oder nicht.

Die Orientierung am christlichen Menschenbild schützt uns auch vor einer selbstherrlichen Auffassung, durch Politik könne man jedes Problem lösen, jede Gefahr abwenden, ja das Paradies auf Erden herstel-

len. Daß wir daran nicht glauben, auch das unterscheidet uns von anderen Parteien.

Gesellschaftliche Entwicklungen finden nicht in einem Labor statt. Sie lassen sich nicht wie physikalische oder chemische Vorgänge beliebig wiederholen, experimentell prüfen und nach einem „Versuch und Irrtum“-Verfahren verbessern. Wenn wir Zukunft gestalten wollen, brauchen wir deshalb verlässliche Werte und Maßstäbe. Die Würde des Menschen, die Verantwortung vor der Natur und die Verantwortung für künftige Generationen – das sind drei wichtige Grundsätze, an denen wir uns orientieren.

Unsere Autoren:

Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
Bundeskanzleramt
Adenauerallee 141
5300 Bonn 1

CDU-Generalsekretär
Dr. Heiner Geißler
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Albrecht Martin
Minister für Bundesangelegenheiten
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
Schedestraße 1
5300 Bonn 1

Dr. Manfred Rommel
Marktplatz 1
7000 Stuttgart 10



Blick auf das Podium mit Tagungspräsidium

Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen

Der Mensch als Krone der Schöpfung?

Dr. Wolfgang Schäuble

Unsere Verantwortung in der Schöpfung ist ein Auftrag an die Politik in ihrer ganzen Bandbreite. Diese Verantwortung ist unteilbar. Sie ist einzulösen nicht allein durch den schonenden Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz des Lebens, sondern auch durch die schöpferische Gestaltung einer Kultur des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Auch die Zukunft ist eine Dimension des Schöpfungsgeschehens. Wir kennen zwar nicht das Ziel unserer Geschichte. Aber wir haben die Fähigkeit, das Recht und die Pflicht, unsere Zukunft unseren Vorstellungen entsprechend zu gestalten und in diesem Sinne am Schöpfungsgeschehen mitzuwirken.

Daß die Schöpfung zu erhalten und das Leben zu schützen ist, über diese ethische Forderung dürfte kaum Streit entstehen. Warum dies aber so ist, warum diese Forderung überhaupt so unerbittlich ernst genommen werden muß und uns z. B. das Schicksal kommender Generationen nicht gleichgültig sein darf: Ich vermag mir die Antwort nicht vorzustellen ohne den Rückgriff auf die Aussage der Bibel, daß der Mensch von Gott ihm gleich geschaffen und von ihm angenommen ist.

„Macht Euch die Erde untertan“

Über keinen Satz der Bibel ist wohl in den letzten Jahrzehnten soviel gestritten worden wie über die Aufforderung Jahwes im Schöpfungsbericht: „Macht euch die Erde untertan“. Dieser Schöpfungsauftrag wird heute von vielen, auch von namhaften Theologen als Ärgernis empfunden. Manche geben dem Christentum deswegen eine erhebliche Schuld an den gegenwärtigen ökologischen Problemen. Ich bin nicht nur anderer Mei-



Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, MdB

nung. Ich finde sogar, wir haben es hier mit einem fundamentalen Denkfehler zu tun.

Zunächst sollten wir den biblischen Auftrag, die Welt zu bewahren und zu gestalten, ganz bewußt zum Anlaß nehmen, unsere Möglichkeiten als freie, mit Phantasie und Vernunft ausgestattete Geschöpfe zu erkennen. Wir sind ermächtigt und verpflichtet, diese Welt zu nutzen und etwas aus ihr zu machen.

Das biblische Gleichnis vom Mann, der seine Talente vergrub, unterstreicht dies. Es wäre der falsche Weg, aus Angst vor jedwedem Risiko die Hände in den Schoß zu legen.

„Wer nichts tut, macht keine Fehler“, heißt es scherzhaft im Volksmund. Aber wir alle wissen, daß wir nach solcher Maxime buchstäblich nicht **leben** könnten. Es ist nicht unsere Aufgabe, in der Welt bloß unser Dasein zu fristen. Wir müssen unser **Leben führen**: zur eigenen Sinnerfüllung und zum Wohl unserer Mitmenschen.

Es wäre nicht nur illusorisch, sondern es liefe auch der Geschichtlichkeit des Menschen zuwider, wollten wir das Rad der technischen Entwicklung zurückdrehen. Wir dürfen unsere schöpferischen Gaben und technischen Fertigkeiten nicht einfach verleugnen – damit würden wir unserer Verantwortung nicht gerecht. Bloße Ablehnung von Technik verhindert nicht unsere Probleme, sondern schafft im Gegenteil neue Gefahren.

Ein Beispiel: Der Knappheit unserer Energieressourcen können wir allein durch Energiesparen nicht begegnen. Der Satz „Energiesparen ist die beste Energiequelle“ ist zwar ein nützlicher und wirkungsvoller Slogan. In der Sache aber führt er in die Irre. Er vermittelt die Illusion, von nichts komme doch etwas, für neue Energiequellen brauchten wir nichts zu tun.

Ich weiß, daß sich manche eine Philosophie zurechtgelegt haben, derzufolge das ökonomische Wachstum Quelle allen Übels sein soll. Ein Redner sprach in diesem

Zusammenhang unlängst sogar von einer „Enteignung der Zukunft.“

Der Nachweis, daß ökonomisches Wachstum grundsätzlich und unvermeidlich auf Kosten der Umwelt, des Lebens und der Zukunft geht, ist nicht erbracht. Diese These vernachlässigt nicht nur den ökonomischen und sozialen Nachholbedarf in einer Vielzahl von Ländern, sie verkennt vor allem die technischen Möglichkeiten einer umwelt- und ressourcenschonenden Wirtschaft.

Wir sind auf dem Weg in eine Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Wachsende Teile unseres Sozialprodukts werden mit dem Rohstoff Information und seiner Verarbeitung erwirtschaftet.

Das heißt nicht, daß wir uns von der Industriegesellschaft verabschieden könnten, aber das bedeutet, daß Umweltfreundlichkeit und Ressourcenschonung in der wirtschaftlich-technischen Entwicklung einen überaus mächtigen Bündnispartner haben.

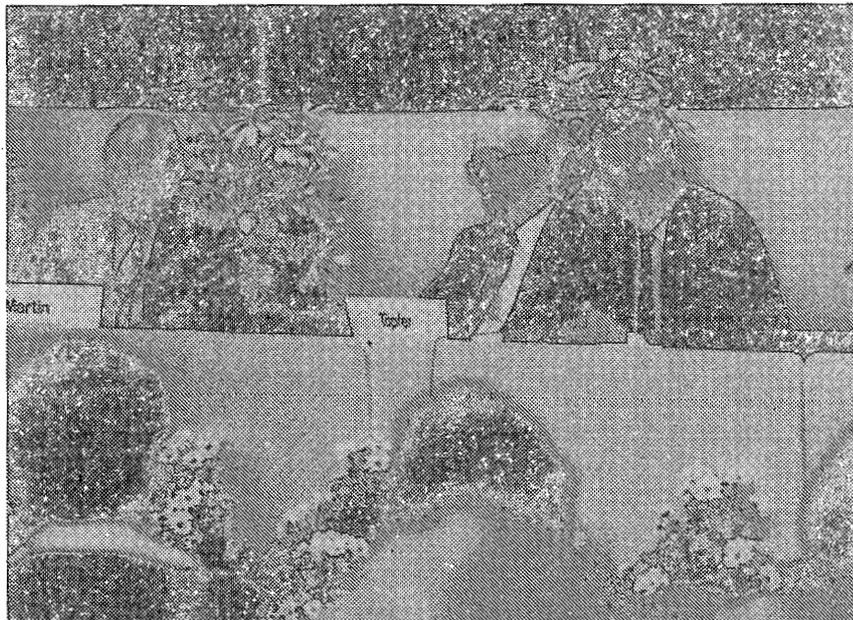
Der Club of Rome hält sich heute zugute, er habe gerade mit seinen pessimistischen Prognosen, die nahezu ausnahmslos von der Wirklichkeit widerlegt sind, entscheidend dazu beigetragen, eine drohende Katastrophe zu verhindern.

Ich will über die Berechtigung dieses Anspruchs nicht streiten. Aber unzweifelhaft haben doch jene das größere Verdienst, die an die Unabänderlichkeit jener Prognosen **nicht** geglaubt, sondern stattdessen gehandelt haben.

Und widerlegt sind damit doch auch jene, die sich von den Prognosen des Clubs so erschüttert zeigten, daß sie einen Ausweg nur noch im Null- und Minuswachstum und in einer Rückkehr zum sogenannten einfachen Leben sahen.

Wir brauchen den technischen Fortschritt, und wir brauchen ökonomisches Wachstum, weil wir – vom eigenen Bedarf etwa zur Bewahrung der Schöpfung, zum Abbau von Arbeitslosigkeit, zur Altersvorsorge oder zur Hilfe für die Schwachen einmal ganz abgesehen – nur so in der Lage sind, den ärmeren Ländern jene Hilfe zu geben, die sie um einer lebenswerten Zukunft willen dringend brauchen.

Wer hingegen meint, wir sollten solche Hilfe bei Nullwachstum gewissermaßen aus der Substanz in Form einer Umverteilung von Nord nach Süd leisten, der verkennt den friedens- und lebensgefährlichen Konfliktstoff, der in einem derartigen Ansinnen steckt.



Theologisches Abendgespräch
von links: D. Hans von Keler, Albrecht Martin, MdL, Prof. Dr. Klaus Töpfer

Der Mensch als Krone der Schöpfung?

Ein schrankenloser und verantwortungsloser Umgang mit den „natürlichen Lebensgrundlagen“ stellt manchen vor die Frage, ob wir nicht die menschliche Vorherrschaft über die Natur um des Überlebens der gesamten Schöpfung willen radikal in Frage stellen müssen. Das Buch eines bekannten Theologen, der leidenschaftlich für dieses Umdenken eintritt, trägt den bezeichnenden Titel „Der tödliche Fortschritt“; Der Mensch erscheint darin nicht mehr als der von Gott bevollmächtigte Herrscher über die Natur, sondern als gleichberechtigter Partner alles Kreatürlichen.

Ein solches Verständnis stellt eine Abkehr von der traditionellen lutherischen Schöpfungstheologie wie auch von der katholischen Lehre dar.

In Luthers Kleinem Katechismus heißt es: „Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen – daß Gott mir alle Kreaturen zu Nutz und Notdurft des Lebens dienen läßt“. Und die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils stellt fest, daß der Mensch „auf Erden die einzige von Gott um ihrer Selbst willen gewollte Kreatur ist“.

Ich glaube nicht, daß wir von diesem Bild des Menschen abrücken müssen. Denn es macht ja gerade deutlich: nicht die Schöpfung, – die Erde ist ihm Untertan.

Gewiß besitzt der Mensch als einziges Lebewesen die Macht zur Gestaltung und auch Beherrschung von Natur. Von dieser Macht kann und darf er sich nicht freisprechen. Verantwortlichkeit des Menschen in der Schöpfung ist aber nur denkbar, wenn die Natur auf den Menschen hin zugeordnet ist.

Dieses christliche Schöpfungsverständnis legitimiert den Menschen nicht zu schrankenloser Plünderung der Erde. Im Gegenteil: Für einen Untertanen trägt man Verantwortung. Deshalb sagte ich eingangs, es sei ein Denkfehler, den Satz der Genesis zum Ausgangspunkt ökologischer Kritik am Chri-

stentum zu nehmen. Die Freiheit, die Erde zu nutzen, ist immer gebunden an die Verantwortung vor Gott.

Schonender Umgang mit der Natur ist außerdem wohlverstandenes Eigeninteresse des Menschen. Mißachtet und plündert der Mensch die Natur, so verursacht er einen Zustand, der nicht nur unnatürlich, sondern letztendlich auch unmenschlich ist (wir sprechen dann bildhaft davon, daß die Natur sich „rächt“ oder „zurückschlägt“).

Wer für die Abkehr von einem anthropozentrischen Weltbild eintritt, die Natur als gleichberechtigten Partner des Menschen begreift, der setzt sich – zu Ende gedacht – einem ethischen Dilemma aus:

Der Mensch als bloßer Partner einer gleichberechtigten Natur hätte nicht mehr, um einen juristischen Ausdruck zu gebrauchen, die Kompetenz, hier überhaupt eine Entscheidung zu treffen. Tiere z. B. könnten uns dann nicht mehr als Nahrungsquelle dienen, ihr Lebensrecht wäre unverfügbar.

Wir müssen uns deshalb vor einem ökologischen Fundamentalismus hüten, der die Inanspruchnahme der Natur und ihrer Ressourcen verbietet. Wohin eine Verabsolutierung der Natur führen kann, zeigen die Zustände in manchen Städten: Bürger müßten nicht überfüllte Straßen, Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit erleiden, wenn den Bewohnern die Belastungen des Straßenverkehrs durch eine Umgehungsstraße erspart blieben, deren Bau von Umweltschützern blockiert wird.

Ethische Maßstäbe für den verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung gibt uns die Überzeugung, daß die nicht-menschlichen Lebewesen ebenfalls Geschöpfe Gottes sind. Wir müssen daher, auch wenn wir sie uns zunutze machen, soweit wie möglich Fürsorge und Verantwortung für sie übernehmen. Das Leiden der nichtmenschlichen Kreatur muß unser Verhalten ihr gegenüber bestimmen.

Der sündige Mensch

Der Auftrag, die Welt verantwortlich zu gestalten und die Vernunft zu gebrauchen, ist Ausdruck eines optimistischen Welt- und Menschenbildes. Die biblische Schöpfungsgeschichte erzählt aber auch, wie der Mensch sich beim Gebrauch seiner Freiheit dem Schöpferwillen widersetzt und schuldig wurde. Daran hat sich wenig geändert. Die aktuellen Beispiele sind zahlreich:

Die bisher ungehemmte Abholzung der tropischen Regenwälder, die fortgesetzte Verschmutzung der Nordsee, die nach wie vor gewaltigen Müllberge, die wir produzieren, die in den kommunistischen Staaten ungefilterte Luftverschmutzung: All dies und vieles mehr zeigt, wie sorglos wir mit dem Geschenk der Schöpfung umgehen und wie wir immer wieder dazu neigen, das Schwarze-Peter-Spiel mit der Verantwortung bis an die Grenze des Erträglichen zu treiben.

Doch kann dies den Christen überraschen?

Leid und Irrtum, Sünde und Schuld gehören zur menschlichen Existenz. Gleichwohl hat der biblische Gestaltungsauftrag etwas Ermutigendes an den Menschen zum verantwortlichen Gebrauch seiner Freiheit hier auf Erden. Die Angst vor den menschlichen Fähigkeiten war niemals eine Haltung christlichen Geistes. Der Glaube soll Mut machen, unser Schicksal auf der Erde in die Hand zu nehmen.

Wir müssen annehmen, daß wir als fehlerbare Menschen, mit begrenztem Wissen und begrenzten Fähigkeiten, mit unserer sündhaften Natur immer wieder auch scheitern werden. Doch die Gewißheit, daß der große, geniale Entwurf zur Lösung aller Probleme, der Stein der Weisen, für uns nicht erreichbar ist, darf uns nicht lähmen.

Es gilt, Beharrlichkeit, Mut und Gelassenheit zu üben und zu begreifen, daß ein guter Kompromiß einer nicht realisierbaren Vision vorzuziehen ist. Eine gehörige Portion Pragmatismus schützt uns nicht nur

vor illusionären Wunschvorstellungen, sondern bewahrt auch vor Mutlosigkeit.

Praktische Politik

Der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung und zur Gestaltung der Zukunft ist eine Herausforderung an die Politik wie auch an jeden einzelnen. Die Regierung Kohl hat sie seit 1982 angenommen. Ich erinnere nur an die Maßnahmen zur Luftreinhaltung (z. B. Großfeuerungsanlagenverordnung oder die TA Luft etc.). Besonders die Förderung des schadstoffarmen Autos hat den Beweis erbracht, daß die umweltfreundlichste, fortschrittlichste Technologie sich sogar ohne staatlichen Zwang durchsetzen kann.

Das Beispiel des schadstoffarmen Autos sollte für die Umweltpolitik Ermutigung sein, weiterhin die verantwortungsbewußte Nutzung fortschrittlicher Technologie auch in Zukunft zu fördern. Ebenso müssen wir verstärkt daran arbeiten, ökologische Probleme mehr noch als bisher durch intelligenten Einsatz marktwirtschaftlicher Anreize

Aus dem Inhalt:

Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen	1
Verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung	3
Der Mensch als Krone der Schöpfung?	5
Hermann-Ehlers-Akademie in Bremen	10
Protestantische Profile	11
Buchbesprechung Gensch	12
Aus unserer Arbeit	13

zu lösen. Der Bundeskanzler hat dargelegt, daß eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – erwiesenermaßen – Probleme des Umweltschutzes besser zu meistern vermag als eine planwirtschaftliche Politik. Das ökologische Problembewußtsein ist in den freiheitlichen und marktwirtschaftlich orientierten westlichen Demokratien besonders hoch ausgebildet. Die tatsächliche Umweltbelastung ist hier entschlossener und effektiver vermindert worden als in jenen Ländern, wo staatliche Planungsbehörden über die Produktionsprozesse und ihre Umweltverträglichkeit entscheiden. Jeder Besucher eines Industriegebietes in einem planwirtschaftlichen Staat kann dies bestätigen.

Die gegenwärtigen ökologischen Aufgaben sind nicht mehr auf das Gebiet eines Staates begrenzt. Manche Umweltbelastungen und -gefahren haben globale Dimensionen. Wir leben in einer globalen Risikogemeinschaft. Weder mit Grenzen und Mauern noch mit Gesetzen und Protektionismen können wir uns Reservate schaffen. Die Beschädigung der Ozonschicht der Erde oder die Gefahr einer Aufheizung der Erdatmosphäre sind unteilbare Risiken. Internationale Kooperation muß deshalb die innerstaatliche Umweltpolitik ergänzen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie andere Länder mit ihrer Umwelt umgehen.

Ein aktuelles Beispiel ist die Gefährdung der Tropischen Regenwälder, z. B. im Amazonasgebiet. Dieses Ökosystem mit seinen nicht erneuerbaren Ressourcen ist für das Weltklima und wegen seiner Artenvielfalt lebenswichtig. Es muß erhalten bleiben. Auf der anderen Seite sind gerade seine Ressourcen an Boden, Wald und Wasser vielfach das einzige Kapital armer Tropenländer. Schonung dieser Ressourcen können wir von ihnen nur verlangen, wenn wir ihnen auf andere Weise eine ökonomische Kompensation bieten. Der Bundeskanzler hat deshalb beim letzten Weltwirtschaftsgipfel den Vorschlag eingebracht, beim Erlaß von Schulden gegenüber Ländern der Dritten Welt auch ökologische Kriterien, u. a. die Forderung nach Erhaltung der Tropischen Regen-

wälder, anzuwenden. Die jüngste Tagung von IWF und Weltbank in Berlin hat diese Initiative weitergeführt.

Es gibt in der internationalen Diskussion Vorschläge für einen sogenannten Schuldenaustausch für Umweltschutz. Wirksames zum Schutz der tropischen Regenwälder läßt sich m. E. nur dann erreichen, wenn arme und reiche Länder zu internationalen Vereinbarungen kommen, deren Vollzug kontrolliert werden kann.

Durch Importbeschränkungen für Tropenhölzer z. B. könnten die Industrieländer einen wichtigen Beitrag leisten, um dem hemmungslosen Raubbau in den Topenwäldern die ökonomische Grundlage zu entziehen. Aber auch dafür brauchen die Entwicklungsländer Ersatz.

Die Verantwortung für die Natur macht vor dem Einzelnen nicht halt. Zu Recht hat die gemeinsame Erklärung der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz „Verantwortung für die Schöpfung“ von 1985 auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß jeder Bürger seine Pflicht – und sein Interesse – an der Erhaltung der Natur und am Abbau ihrer Belastungen sieht. Allmählich scheint sich ein Bewußtseinswandel in der Bevölkerung zu vollziehen.

Wer allerdings nur den Einzelnen in die Pflicht nehmen wollte, würde das Wesen des demokratischen Staates mißverstehen. Denn es genügt für das Funktionieren des Gemeinwesens eben nicht, daß der einzelne weiß, was gut und schlecht ist, was er zu tun und zu lassen hat. Kenntnis der Gebote oder des rechten Weges garantiert nicht den Erfolg: So stark sind wir sündhaften Menschen nun einmal nicht. Gesetze zu erlassen, dadurch Leitlinien zu geben und sie notfalls auch durchzusetzen: Das ist Aufgabe des Staates in der Welt. Hier unterscheiden wir uns vom tendenziell schrankenlosen Freiheitsbegriff des Liberalismus, wenn er in einer fundamentalistisch aufklärerischen Tradition von der prinzipiell guten Anlage des Menschen ausgeht.

Wähler und Gewählte, politische Mandatsträger und einzelne Bürger müssen beide zum Funktionieren

des demokratischen Gemeinwesens beitragen. Es braucht sowohl die Bereitschaft der Politiker, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, wie die des einzelnen, seine Freiheit verantwortungsbewußt zu gebrauchen. Wo alles Heil in Gesetz und staatlichem Handeln gesucht und alles Unheil auf staatliches Versagen zurückgeführt wird, gerät das Gemeinwohl ebenso in Gefahr, wie dort, wo dem Prinzip „laissez-faire“ gehuldigt wird.

Staat und Bürger dürfen sich in ihren Erwartungen nicht überfordern und müssen beide bereit sein, die Folgen von Entscheidungen zu tragen. Deshalb stört es mich, wenn Schuldzuweisungen unter Politikern den Eindruck unterstützen, allein der Staat sei für den Umweltschutz zuständig. Am Ende erscheint er dann nämlich als Hauptverantwortlicher für Umweltbelastungen und Unfälle. Das Gefährliche daran ist der Eindruck, umweltpolitische Probleme wären schon längst gelöst, wenn nur die Politiker guten Willens wären. Daß umweltpolitische Prozesse sehr kompliziert sind, und oft nur im Zusammenwirken von gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, technischen Maßnahmen, naturgesetzlichen Prozessen und dem Verhalten vieler einzelner Menschen lösbar sind, wird verschleiert – der einzelne sieht sich aus der Verantwortung entlassen. So wird zum einen die Schuldzuweisung an die Politik als Alibi für eigenes Nichtstun mißbraucht. Zum anderen verliert der Bürger das Gefühl, das Schicksal **seines** Staates, die Folgen der Entscheidungen der von ihm Gewählten mittragen zu müssen.

Die Bedeutung verantwortbarer Freiheit

Staat und Bürger, Wähler und Gewählte dürfen sich nicht überfordern.

Diese Einsicht muß sich notwendigerweise auf unsere Einstellung zu staatlichen Normen und auf das Erkennen ihrer Grenzen erstrecken. Die Balance zwischen dem Streben nach Individualität und Autonomie der Bürger und ihrer Erwartung, es

müßten allenthalben gesetzliche Regelungen und Sicherheiten geschaffen werden, ist nachhaltig gestört. Das wird namentlich in der Diskussion über die Tötung ungeborenen Lebens und die Bedeutung von Ehe und Familie deutlich:

Auf der einen Seite wird, auch aus Reihen der Union, eine Verschärfung des Strafgesetzes als „Lösung“ des Problems eingefordert. Der aufrichtige Ernst dieser Forderungen verdient zwar Respekt; ich gebe aber zu bedenken, daß sie vielleicht doch die Grenzen staatlicher Möglichkeiten verkennen. Eine Verschärfung der Gesetze mag zwar bewußtseinsbildend wirken. Ob sie aber hinreicht, ungeborenes Menschenleben besser zu schützen, daß muß nach allen Erfahrungen ernstlich bezweifelt werden.

Um den besten Schutz, das beste Mittel hierzu muß es aber doch gehen. Deshalb hat die Bundesregierung den Schwerpunkt ihrer Maßnahmen auf die soziale Hilfe und die Verbesserung der Beratung gelegt. Für uns als Union war dabei von Anfang an klar – und das war auch das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen –, daß diese Beratung nicht lediglich zwei Alternativen gleichwertig zur Auswahl stellen darf.

Gerade eine Frau, die sich in einer schweren Konfliktlage befindet und noch unentschieden ist, ob sie Hilfsangebote annehmen soll, muß auf die Schwere des Problems hingewiesen werden. Eine gleichsam neutrale Beratung wäre letztlich überflüssig und würde de facto zwangsläufig menschliches Leben zur Disposition stellen.

Leider haben auch kirchliche Persönlichkeiten zumindest den Eindruck erweckt, als ob sie jegliches staatliche Engagement zugunsten des ungeborenen Lebens ablehnten. Es mutet schon merkwürdig an, daß die erste Frau in einem Leitungsamt der evangelischen Kirche in Deutschland – die Frankfurter Pröpstin Helga Trösken – in ihrem ersten ausführlichen Interview gleich die ersatzlose Streichung des § 218 forderte und eine Beratung zugunsten des ungeborenen Lebens pauschal ablehnte. Wer

sich so äußert, muß die Wirkung seiner Worte mitbedenken: Wenn nicht einmal mehr die Kirche das Bewußtsein für die Schwere menschlichen Lebens schärft – wie soll es dann dem Staat gelingen?

Aus politisch ganz anderer Ecke ertönt der Ruf nach gesetzgeberischem Handeln bei Ehe und Familie. In den letzten Monaten sind immer wieder Stimmen laut geworden, die eine Aufwertung nichtehelicher Lebensgemeinschaften oder sogar eine rechtliche Gleichstellung nichtehelicher Partnerschaften mit der Ehe verlangen.

Solche Forderungen haben zunächst einmal auch ihr Gutes, weil sie uns zu der Frage zwingen: Warum schützt der Staat überhaupt Ehe und Familie? Von einem Vertreter der katholischen Kirche wurde neulich das Wort vom „Kulturgut Ehe“ geprägt. Damit ist, so finde ich, der Kern des Problems getroffen: Ehe und Familie sind vorbehaltlose Gemeinschaften, die weder befristet noch unter einer Bedingung gegründet werden können. Sie sind nach wie vor der beste Ort, Geborgenheit, menschliche Nähe und Solidarität zu erfahren. Wenn die Institutionen Ehe und Familie in Frage gestellt werden, wird die Gesellschaft ärmer und verliert etwas von ihrem menschlichen Gesicht: Es wird mehr Vereinsamung, mehr kalkulierte, rein zweckrationale Beziehungen, es wird auch mehr „Entsolidarisierung“ geben. Man denke nur an die Kinder, für die die Dauerhaftigkeit der elterlichen Partnerschaft so wichtig ist. Das bittere Wort „Scheidungs-waisen“ gibt die bittere Tatbestand realistisch wieder.

Partner in nichtehelichen Lebensgemeinschaften wollen sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht in gleicher Weise binden wie Eheleute. Es widerspräche der Autonomie der Partner, wollte der Staat an ihre Entscheidung zur unverbindlichen Partnerschaft zwingende und verpflichtende Rechtsfolgen anknüpfen. Der Staat sollte die Mündigkeit der Partner, die sich nicht zu einer dauerhaften Bindung entscheiden wollen, respektieren. Wenn sie gleichwohl Risiken abschließen wollen, können sie vertragliche Vereinbarungen treffen.

Die Forderung nach staatlicher Anerkennung nichtehelicher Lebensgemeinschaften läuft letztlich auf eine Verlagerung auch der letzten Lebensrisiken auf den Staat hinaus: Denn wenn es zur Trennung kommt, soll der Staat mit Rechtsgarantien zur Stelle sein und Sicherheiten bieten. Dann plötzlich soll die Legaldefinition das Jawort und seine Zusagen ersetzen.

Bewahrung des Friedens

Bewahrung der Schöpfung und Schutz des Lebens bedeuten auch Friedenssicherung, und zwar nach innen wie nach außen. Daß ein Krieg nicht nur Geschöpfe, sondern die gesamte Schöpfung in Gefahr bringt, ist eine Lehre des Atomzeitalters. Unbestreitbar hat gerade diese Erkenntnis uns in Europa über 40 Jahre hinweg den Frieden bewahrt, zuverlässiger als gutgemeinte Willensbekundungen oder laut geäußerte pazifistische Überzeugungen.

Schöpfung und Leben bedeuten auch die innere Ordnung, die die Menschen dem Staat mit der Verfassung gegeben haben, das Recht und der Rechtsfrieden. Es hat sich bei uns eingebürgert, mit Vokabeln wie „ziviler Ungehorsam“, „bewußte Regelverletzung“ den Rechtsfrieden zu brechen, die vom demokratisch legitimierten Gesetzgeber geschaffenen Regelungen aus eigener Überzeugung, gar aus „Gewissensnot“, zu übertreten, vor allem die Vokabel „Widerstand“ erzeugt hehre Schauer bei Leuten, denen ein gnädiges Schicksal wirkliche Bewährungsproben erspart hat.

Aber im demokratischen Rechtsstaat hat all dies keinen Platz. Er hält festgelegte Spielregeln bereit, nach denen Konflikte zu lösen sind. Wer an diese Regeln rührt, rührt am Rechtsfrieden, und wer am Rechtsfrieden rührt, untergräbt die Funktion des Rechts: die Schwachen vor den Starken zu schützen.

Respekt vor dem Nächsten

Manchmal habe ich hingegen den Eindruck, daß gerade jene, die

sich in besonderer Weise zu Anwälten in sogenannten „Menschheits- und Überlebensfragen“ berufen fühlen, ein gestörtes Verhältnis nicht nur zum Recht, sondern auch zur Würde der Mitmenschen haben, die sie für Mißstände verantwortlich machen. In den Schriften mancher Gruppen, die sich für den Umweltschutz oder die Dritte Welt einsetzen, strotzt es von Verunglimpfungen wie „kriminellen Vereinigungen“ oder „Mördern“. Die Vorgänge im Umfeld der jüngsten Tagung des IWF und der Weltbank haben dafür

üble Beispiele geboten. Wer die Schöpfung bewahren und das Leben schützen will, der darf nicht Feindbilder schaffen oder gar offener Gewalt scheinmoralische Argumente liefern. Wer Unfrieden stiftet im **Zusammenleben** der Menschen, der tut dem **Überleben** der Menschheit keinen Dienst. Gerade dann, wenn wir uns der Größe dieser Aufgabe bewußt sind, sollten wir nicht dramatisieren und emotionalisieren, sondern im Gegenteil gelassen bleiben und mit Vernunft und Augenmaß das Notwendige

möglich machen. Es gibt keinen anderen Weg in eine lebenswerte Zukunft als im Respekt vor der Würde des Mitmenschen, in einer Ordnung der Freiheit und des Friedens und unter der Herrschaft des Rechts.

Die ungekürzten Redemanuskripte sowie Statements aus den Arbeitsforen erhalten Sie bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle

Hermann-Ehlers-Akademie in Bremen

Am 23. September 1988 eröffnete CDU-Landeschef Bernd Neumann, MdB, in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Hermann-Ehlers-Stiftung e.V. die neuen Räume der Hermann-Ehlers-Akademie Bremen in der Martinstr. 25.

Die Räume liegen im Zentrum Bremens, an der Weser; Sankt Martini, Unser Lieben Frauen und Dom, Rathaus und Schütting umgeben sie. Hier sollen die Bürger Bremens und seiner benachbarten Gemeinden sich informieren und miteinander über Dinge öffentlichen Interesses – die *res publicae* – frei, offen und angemessen sprechen können. Hier soll politische Fortbildung und das Hineingewöhnen in sachliche Diskussion für interessierte Bürger ermöglicht werden. Dies fördert die politische Kultur oder gar – im Verständnis der Antike – die Freundschaft als politisches Prinzip. Seit Gründung der Stiftung vor zwanzig Jahren wurden in den Hermann-Ehlers-Akademien zunächst in Kiel, später auch in Berlin, Hamburg, Hannover, Oldenburg und Osnabrück Vorträge und Seminare zu diesem Zweck angeboten. Auch in Bremen ist die Hermann-Ehlers-Akademie bereits seit 1983/84 unter der ehrenamtlichen Leitung von Dr. Friedrich Menke präsent. Die politische Weiterbildungsarbeit soll nun in eigenen Räumen erweitert werden.

Dr. Friedrich Menke wird hier durch den Studienleiter Reinhard

Wessel und die Sachbearbeiterin Doris Kloke tatkräftig unterstützt.

In der Festansprache wies der Vorsitzende der Stiftung, Bundestagspräsident a. D. Dr. h. c. Kai-Uwe von Hassel, auf die Bedeutung der Hermann-Ehlers-Akademie als Stätte politischer Bildung hin: „Der Bürger muß vertraut gemacht werden mit Gründen und Hintergründen, mit dem Für und Wider der Argumente in den vielschichtigen Entscheidungsprozessen der Politik. Er muß sie leidlich überblicken können, damit er nicht beim Vorurteil stehenbleibt, sondern sich zum Urteil durcharbeitet.“

Diesem Ziel sollen die Veranstaltungen der Hermann-Ehlers-Akademie Bremen dienen.

Mit ihren Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen politischen Problemen, ein- und mehrtägigen Fachseminaren (Öffentlichkeits- und Pressearbeit, Rhetorik, Naturschutz etc.) sowie durch Studienreisen und Exkursionen (DDR und Berlin) ist sie eine Stätte offener Information und freier Diskussion.

Sein Vorbild war und ist Hermann Ehlers, der 1954 als 50jähriger verstorbene bedeutende Bundestagspräsident. Seine Klarheit, Offenheit und Gesprächsbereitschaft ist auch das Vorbild für die Mitarbeiter der Hermann-Ehlers-Akademie in Bremen. Hermann Ehlers verkörperte glaubwürdige Politik. Seine Person, sein Werk und die Ziele der nach ihm benannten Stiftung verpflichten die, die in seinem Namen wirken.



v. l. n. r.: Dr. Friedrich Menke, Dr. h. c. Kai-Uwe von Hassel, Bernd Neumann, MdB

Protestantische Profile

Manfred Rommel

In dieser Ausgabe schildert Dr. Manfred Rommel, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, seine Beziehung zum christlichen Glauben, u. a. in bezug auf die Welt des Fortschritts.

Wenngleich den modernen Menschen seit geraumer Zeit Zweifel daran heimsuchen, ob das Zauberwort Fortschritt immer eine Verbesserung bedeutet, so hält er sich doch meist für ein Kind der Aufklärung in dem Sinne, daß nur das als wirklich gelten kann, was vernünftig ist. Letzteres hat Hegel in seiner Rechtsphilosophie auch gesagt, aber in einem viel tieferen Sinne verstanden. Oberflächlich, und unsere Zeit ist gekennzeichnet durch große Oberflächen und geringe Tiefen, oberflächlich also ist vernünftig nur das, was durch Gründe bewiesen werden kann. Diese Anforderungen der Vernünftigkeit erfüllt ein Bügeleisen, das eindeutig zum Bügeln nützlich ist, ein Automobil, mit dem man fahren kann, ein Kühlschrank und ein Fernsehapparat.

Was die Herstellung solcher Apparate anlangt, haben wir einen großen Fortschritt erzielt, und wir sind im Begriff, weiter fortzuschreiten. Aber dieser Fortschritt allein genügt immer weniger Menschen. Und immer mehr Menschen wird es bewußt, daß die wirkliche Welt nicht dort zu Ende ist, wo die menschliche Vernunft nicht weiterführt. Es gibt ein Unbehagen an der Tendenz der Moderne, die Albert Einstein schon in den 30er Jahren als Vervollkommnung der Mittel und Verwirrung der Ziele beschrieben hat. Die Meinung, der Mensch, der die Vernunft anwende, brauche keine metaphysisch begründete Moral, hat schon längst an Kraft verloren. Das Bedürfnis nach moralischen Werten ist stärker geworden, sei es, um sich selbst an die Werte zu halten, sei es, um anderen vorzuwerfen, daß sie dies nicht tun. Wer aber immer der Meinung ist, der Mensch sei an eine Moral gebunden, über die er selbst nicht ver-

fügen kann, der glaubt bereits. Denn die Moral läßt sich mit menschlicher Vernunft nicht begründen. Es läßt sich allenfalls mit menschlicher Vernunft darstellen, daß das Leben in einer Gesellschaft um so unerträglicher wird, je weniger solche moralischen Bindungen vorhanden sind. Es liegt nun nahe, als Urheber dieser Moral Gott anzusehen. Wir wissen seit Kant, daß wir mit unserer Vernunft nicht beweisen können, ob es Gott gibt oder nicht.



Oberbürgermeister
Dr. Manfred Rommel

Wer sagt, daß es ihn gibt, glaubt, wer aber sagt, daß es ihn nicht gibt, glaubt auch, denn wer etwas für richtig hält, was er nicht beweisen kann, glaubt. Es gibt kein Ausweichen in der Frage nach der Religion. Und je deutlicher wir moderne Menschen uns dessen bewußt werden und je klarer es für die Kirchen wird, daß sie in diesem Punkt Aufklärungsarbeit leisten müssen, für die es nicht genügt, sich mit dem Wort vorrangig an Menschen zu wenden, die bereits überzeugt sind, um so eher werden wir das Unbehagen, die Verwirrung und die Furcht unse-

rer Zeit überwinden. Bei dieser Furcht handelt es sich nicht um Höllenfurcht als Gegensatz zur Himmelshoffnung, sondern um die Furcht vor dem Nichts, vor der Sinnlosigkeit und vor der Ziellosigkeit. Das in den Menschen einprogrammierte Bedürfnis nach Selbstachtung bleibt dort unbefriedigt, wo der Mensch keine Werte hat oder wo es ihm nicht gelingt, diesen Werten gemäß zu leben.

Wir müssen wohl, wenn wir Wege und Auswege für unsere Welt suchen, in der Frage nach den Bedürfnissen der Menschen tiefer schürfen, denn auch das Unbehagen sitzt tiefer, als wir gewöhnlich annehmen. Vor einiger Zeit habe ich von einem Pfarrer das Wort gehört: „Der Teufel gibt sich gerne religiös.“ Auch Goethe hat seinen Mephisto theologisch argumentieren, sogar die Bibel zitieren lassen. In der Tat gibt es viele Möglichkeiten, sich mit moralischen Fragen auseinanderzusetzen, und gerade gebildete und wortgewandte Menschen verfügen über die Möglichkeit, Fragen des Herzens als Fragen des Kopfes mißzuverstehen. Doch der Glaube wird nicht nur dadurch gefestigt, daß die Ungläubigen bekämpft werden, Güte kommt nicht dadurch zustande, daß die Bösen verfolgt werden, und duldsam ist nicht der, der gegen die unduldsam ist, die er nicht für duldsam hält.

Vielleicht würden wir alle mehr an Selbstachtung gewinnen, wenn wir uns weniger bemühten, zu Richtern über die Tugenden und Untugenden anderer zu werden und wenn wir stärker bestrebt werden, uns selbst einigermaßen an den moralischen Maßstäben auszurichten, deren Nichteinhaltung wir so gerne bei anderen beklagen. Zu diesem Punkt gibt es manch kräftiges Bibelwort. Überhaupt liegt das Problem weniger darin, Moral zu erkennen, als Moral einigermaßen selbst zu beachten.

Buchbesprechungen

Anneliese Lissner, Rita Süßmuth und Karin Walter. (Hrsg.): Frauenlexikon. Traditionen – Fakten – Perspektiven. Verlag Herder Freiburg-Basel-Wien, Freiburg im Breisgau 1988.

Mit dem **Frauenlexikon** ist jetzt im Verlag Herder ein umfassendes Informationswerk erschienen, das auf dem Büchermarkt derzeit ohne Konkurrenz ist. Sachkundig, detailliert und allgemeinverständlich gibt es richtungswisende Antworten auf nahezu alle Fragen, die heutige Frauen in Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik und Kirche betreffen. Berücksichtigt wird dabei nicht nur die Situation in der Bundesrepublik, sondern auch in Österreich und der Schweiz. Das breite Spektrum bekannter Autorinnen und Autoren steht für eine engagierte, jedoch ideologisch unvoreingenommene sowie ökumenisch ausgerichtete Betrachtung der einzelnen Fragestellungen.

Von hohem praktischem Wert ist die formale Struktur dieses Lexikons: die sorgfältige Vernetzung der Einzelstichworte stellt die Zusammenhänge zwischen den Einzelfragen her; ausführliche Literaturhinweise bieten die Grundlage für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Einzelproblematik; schließlich ermöglicht ein detailliertes Stichwortregister den schnellen Zugriff auf konkrete Fragen.

Die thematischen Grundlinien des Lexikons decken die Frauenfrage in der heutigen Gesellschaft in ihrer ganzen Breite ab. So werden die gesellschaftlichen und individuellen Wandlungsprozesse im Rollenverständnis der Frau analysiert und Möglichkeiten aufgezeigt, wie Verunsicherungen durch die Auflösung aller Rollenfestlegungen überwunden werden können. Aktuelle Fragestellungen werden vor dem Hintergrund ihres geschichtlichen Zusammenhangs durch die Offenlegung prägender Traditionen erhellt, so daß deutlich zwischen Oberflächenproblemen und den großen geschichtlichen Strömungen unterschieden werden kann.

Besonders thematisiert wird auch die Stellung der Frau in Religion und Kirche, vor allem im Hinblick auf die prägende Kraft des Christentums in unserem Kulturraum. Als letztes sei noch angemerkt, das das **Frauenlexikon** nicht nur eine wertvolle Hilfe für Frauen ist, sondern auch ein Leitfaden für alle Männer sein kann, die an einem partnerschaftlichen Zusammenleben von Mann und Frau interessiert sind.

Gisela Friedrichsen: Gentechnologie – Chancen und Gefahren, D & M, Heidelberg 1988, 133 Seiten

Seit Jahrtausenden bemüht sich der Mensch, die Natur zu verändern: durch Züchtung höheren Ertrag unter ungünstigeren Bedingungen zu erzielen. Man kreuzte Weizen und Roggen, Pferd und Esel, schuf das fettarme Schwein und die Super-Hochleistungskuh. Die moderne Gentechnologie, wird sie in der Landwirtschaft angewandt, unterscheidet sich von den natürlichen Prozessen und den traditionellen Methoden im wesentlichen durch die Geschwindigkeit, mit der sie zu Ergebnissen gelangt. Jahrzehntelange Tüftelei wurde ersetzt durch schnelle Mutation mit vorhersehbarem Ergebnis. Ein Lob dem Fortschritt? Ja und nein. Das neue technische Können, das dem Menschen eine Schöpferrolle ermöglicht, wie er sie noch nie besaß, bereitet vielen Menschen Unbehagen, weil man nicht weiß, was eines Tages noch alles „machbar“ sein wird.

Dieser „Wegweiser“ beschreibt die Entwicklung der Gentechnologie und die Arbeit der Genchirurgen, an die sich große Hoffnungen und schlimme Befürchtungen knüpfen. Es kommen Juristen, Philosophen und Theologen zu Wort, auch die politischen Parteien und die Kirchen. In diesem „Wegweiser“ werden die verschiedensten Argumente zusammengetragen und damit dem Leser ein Instrumentarium an die Hand gegeben, seinen eigenen Standpunkt zu finden.

Hans Gerhard Noll/Helma Thielscher-Noll (Hrsg): Ungeborene wollen leben, Hänssler-Verlag, Neuhausen-Stuttgart 1988, 75 Seiten.

Mit diesem Buch, dessen Titel gleichzeitig das Motto einer auf deutschsprachigem Raum angelegten Aufkläraktion ist, ist dem Autorenehepaar Thielscher-Noll ein Werk gelungen, in dem sich der Inhalt sozusagen als Extrakt, als Konzentrat der Thematik „Abtreibung“ zeigt.

Es ist kein blindes Anti-Buch, nimmt aber klar Stellung – nicht in der gewohnt emotionalen Art – sondern eher kühl. Es bereichert die Diskussion um die Abtreibung mit einer neuen Blickweise, mit neuen Ansätzen. Für jeden zu empfehlen, der sich in der Debatte um den § 218 noch nicht festgelegt hat.

Ein feste Burg ist unser Gott!

Denn mit irdischen Waffen wehrst du dem Ungeist nicht, der dich in Sicherheit wiegt und doch mit Tod und Verderben ständig dir droht. Im Einklang leben mit Gott: Das nimmt die Menschheit in Schutz.

Ein feste Burg ist unser Gott!

Er gab dir das Leben, will dich und die Deinen beschützen. Er will, daß du anderen dienst und damit dein Leben erfüllst. Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib laß fahren dahin? Gott und den Menschen zu dienen, das kann das Leben kosten! Christus, der rechte Mann, hat es gegeben.

Ein feste Burg ist unser Gott?

Trügerische Geborgenheit, die faul, fromme Hände im Schoß, es Gott und den anderen überläßt, die Arbeit des Friedens zu tun? Dein Teil an Geist und Gaben ist groß! So nutze ihn! Denn Liebe, Wahrheit und Frieden fallen niemals vom Himmel. Sie wachsen von unten, auch durch dich!

Martin Luther

Wir fühlen uns unsicher und gefährdet, wenn Krankheit, Behinderungen und Schwächen uns bedrohen. Uns wird angst, wenn wir Verluste erleiden durch den Tod geliebter Menschen und es einsamer um uns wird.

Vor allem aber fühlen wir uns durch den Satan bedroht, der uns die Glaubensfreudigkeit nehmen will. Er versucht auf alle Weise, uns von Christus wegzuziehen und Zweifel an ihm in uns aufkommen zu lassen.

Können wir uns gegen diese Angriffe eines unsichtbaren Feindes schützen? In eigener Kraft nicht. Aber wir dürfen den Namen des Herrn anrufen, der für uns wie eine feste Burg ist, in der man geborgen ist.

Der Name des Herrn ist eine feste Burg. Das will sagen: Der Gott, der sich in Jesus offenbart hat, macht dem Teufel jedes Besitzerrecht an uns streitig. Wir brauchen uns nicht mehr vor ihm zu fürchten. Jesus hat ihn schon besiegt.

Der kommentierende Text ist dem Buch: „Mit Jesus alle Tage“ von Marie Hüsing entnommen, welches im Reinhard-Kawohl-Verlag erschienen ist.

Aus unserer Arbeit

... mit offenen Armen ...

Bonn. Auf der Bundestagung des EAK am 7./8. Oktober 1988 wurde eine Resolution zur Aussiedlerfrage verabschiedet. Sie hat folgenden Wortlaut:

In diesem Jahr werden etwa 200 000 Deutsche als Aussiedler zu uns kommen.

Viele von ihnen haben ihre bisherige Heimat verlassen, weil sie gerade als Christen besondere Benachteiligungen erfahren mußten und weil man sie daran hindern wollte, ihr Deutschsein zu bewahren.

Nicht nur für sie ist über die behördliche Fürsorge hinaus die persönliche und seelsorgerische Zuwendung wichtig.

Wer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes gestalten will, muß sich der Herausforderung einer wirklich erfolgreichen Eingliederung unserer neuen Mitbürger stellen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ruft alle Freunde auf, in Zusammenarbeit mit ihren Kirchengemeinden, mit den Mitarbeitern der diakonischen Einrichtungen und anderer kirchlicher Verbände den Aussiedlern auf jede ihnen mögliche Weise beizustehen. Das kann ganz praktisch heißen, sie zu allen Behörden zu begleiten, ihnen beim Erlernen der deutschen Sprache zu helfen, sie bei ihren ersten Einkäufen zu begleiten.

Jeder kann in den Schulen, am Arbeitsplatz, im Verein oder in der Gemeinde durch sein solidarisches Verhalten dazu beitragen, daß sich die neuen Nachbarn bei uns aufgenommen und wohl fühlen.

Auseinandersetzung mit tradierten Grundsätzen wieder aufnehmen

Oldenburg. „Das Evangelium beauftragt jeden Christen zum Handeln für die Mitmenschen und veranlaßt

ihn, sich um gesellschaftliche und politische Belange zu kümmern“. Darauf verwies anläßlich einer Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Oldenburg deren Bundesgeschäftsführerin **Birgit Heide**, Bonn.

Zu Beginn der Veranstaltung dankte die Versammlung dem bisherigen EAK-Vorsitzenden **Joachim Engelmann**, Oldenburg, für sein langjähriges Wirken. Engelmann hat den Vorsitz im Frühjahr dieses Jahres abgegeben. **Dr. Jürgen Poeschel**, Oldenburg, vom CDU-Landesvorstand in diese neue Aufgabe berufen, forderte in seiner Antrittsrede eine verstärkte Rückbindung der politischen Arbeit auf die Besinnung der Grundlagen des Glaubens. Die aktuellen Problemfälle nicht scheuend, gelte es, aus dem Glauben die politische Welt zu erkennen und zu gestalten.

Die EAK-Bundesgeschäftsführerin fügte hinzu, daß christliche Normen und Gebote zwar die Richtung weisen und Maßstäbe geben, konkretes politisches Handeln jedoch nicht festlegen. Um Mehrheiten auf Dauer zu gewinnen, müsse politisches Handeln sich aber an unverzichtbaren Maßstäben orientieren. Durchaus selbstkritisch meinte Birgit Heide, wir haben die Auseinandersetzung mit akzeptierten und tradierten Grundsätzen vernachlässigt und haben unsere Wegmarken nicht mehr wahrgenommen. In dem Wiesbadener Parteitag der CDU mit der Besinnung auf das „christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ sah sie jedoch einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg der Reformation des politischen Bewußtseins.

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wende sich aber auch gegen die selbstherrliche Auffassung, durch Politik könne man jedes Problem lösen, jede Gefahr abwenden, ja das Paradies auf Erden herstellen. Daß wir daran nicht glauben, unterscheidet die CDU vor allem auch von anderen Parteien, erklärte Birgit Heide. Im Zuge einer allgemeinen Entkirchlichung unserer Gesellschaft spiele der Konfessionalismus heute zwar nicht mehr eine so entscheidende Rolle, trotzdem be-

mühe sich der EAK bei einem ständig wachsenden gesellschaftspolitischen Engagement der Kirche, Gesprächspartner im Bereich zwischen Kirche und Politik zu sein.

Werner Dollinger 70

Der frühere Bundesminister und langjährige stellvertretende Parteivorsitzende der CSU, **Werner Dollinger**, ist am 10. Oktober 70 Jahre alt geworden. Der Protestant aus dem mittelfränkischen Neustadt an der Aisch gehörte lange Jahre zu den führenden Politikern der vorwiegend katholisch geprägten CSU. 24 Jahre lang war er von 1963 an einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden, bis er im November 1987 diese Position an den Protestanten Jürgen Warnke abgab.

Der promovierte Diplomkaufmann ist Gründungsmitglied der CSU. 1946 wurde er in den Stadtrat seiner Heimatstadt gewählt. Seit 1953 ist Dollinger Abgeordneter im Bundestag. Von 1961 bis 1962 war er Bonner Landesgruppenchef der CSU. In das Bundeskabinett kam er 1962 als Bundesschatzminister. Danach wurde er Ende 1966 – nach einem kurzen, nur dreiwöchigen Intermezzo als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit – Minister für das Post- und Fernmeldewesen bis zum Regierungswechsel 1969.

Nach der Rückkehr der Union an die Regierung übernahm Dollinger im Oktober 1982 das Verkehrsressort, das er bis zur Bundestagswahl 1987 innehatte. Während der Bonner Oppositionszeit der Union war Dollinger, der in Kreuth gegen die Drohung von Strauß für den Erhalt der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU eintrat, von 1969 bis 1976 noch einmal stellvertretender Landesgruppenvorsitzender. Seit 1970 steht der Wirtschaftsfachmann auch an der Spitze des Wirtschaftsbeirats der Union. Ebenso leitet Dollinger, der seit vielen Jahren auch Mitglied der Synode der evangelischen Kirche ist, den Evangelischen Arbeitskreis der CSU.

Die Schulen sollen wieder erziehen und Werte vermitteln

Marburg. Für neue Impulse in der Werterziehung an den öffentlichen Schulen hat sich der hessische Kultusminister **Christean Wagner** ausgesprochen. Es gelte ein System zu entwickeln, daß sich sowohl an christlichen Grundwerten als auch an gesellschaftlichen Zentralwerten wie etwa Lebensqualität orientiere, sagte der Politiker auf einer Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen in Marburg. In breiten Kreisen der Bevölkerung entwickelt sich nach Wagners Worten zunehmend das Bedürfnis nach einer Schule, „die wieder erziehen und Werte vermitteln sollte“. Dabei spiele der Religionsunterricht eine wichtige Rolle. Er müsse das Seine dazu tun, daß christliche Inhalte wie Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Nächstenliebe nicht auf das „Abstellgleis“ gerieten. Wagner wörtlich: „Ich wünsche mir einen Religionsunterricht, der sein Wissen und seine Wahrheit den Schülern vermittelt als ein Angebot, das zum Leben dient und Sinn gibt.“ So könnten Jugendliche erfahren, daß „man in der Schule für das Leben lernt und nicht umgekehrt“.

„Ziele und Möglichkeiten deutscher Weltraumpolitik“

Münster. In einer öffentlichen Veranstaltung des EAK Münster sprach und diskutierte **Prof. Dr. Gerhard Wittkämper**, Direktor des Instituts für Politikwissenschaften der Westf. Wilhelmsuniversität Münster und gleichzeitig Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der „Gesellschaft für Weltraumpolitik“.

Vor dem EAK der CDU Münster verdeutlichte Prof. Wittkämper „Ziele und Möglichkeiten deutscher Weltraumpolitik“.

In einer Vorbemerkung zu seinem Vortrag stellte Wittkämper dann Weltraumpolitik als interdisziplinäre Wissenschaft vor, die außenpolitische Fragen genauso umfasse wie Sicherheits-, Entwicklungs-, Umwelt-, Post und Wirtschaftspolitik. Hier könne schließlich nur etwas bewirkt werden, wenn die vielen Disziplinen in koordinierter Weise zusammenwirkten.

In fast allen politischen Bereichen spiele die Satellitenkommunikation inzwischen eine große Rolle, erläuterte Wittkämper. So könnten umweltpolitische Fragen z. B. durch satellitengestützte Beobachtung (wie Waldsterben oder Schadstoffimmissionen in der Atmosphäre) erkannt und verfolgt werden. Prof. Wittkämper nahm auch zum umstrittenen Thema der „militärischen Nutzung des Weltraums“ Stellung: „Der Weltraum ist von zunehmender Bedeutung für die Sicherheitspolitik. Ich glaube aber, im Gegensatz zu manchen Kollegen, daß wir unsere Rolle als Regionalmacht überziehen, wenn wir mit der Herstellung militärischer Weltraumwaffen beginnen.“

Der Wissenschaftler rief dazu auf, eine internationale Ethik der Weltraumtätigkeit der Menschen zu entwickeln. Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion leitete der Vorsitzende des EAK Münster, **Heinz Maßmann**.

EAK und Heilsarmee

Bonn. Am 20. 9. 1988 fand auf Einladung des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister **Albrecht Martin**, eine Begegnung von Mitgliedern des EAK-Bundesvorstandes mit Vertretern der Heilsarmee statt.

Zu den Gästen zählten u. a. der Leiter für Deutschland und Kommandeur, Oberst **Jörn Lauridsen**, die Nationale Präsidentin der Frauenarbeit, Frau Oberst **Nina Lauridsen**, Organisationssekretär Kapitän **Karl Heinz Gaßner** und Chefsekretär Oberstleutnant **Friedel Honsberg**. Die weltweite geistliche Organisation ist heute in 90 Ländern vertreten und unterhält 3000 soziale Einrichtungen verschiedener Art.

Neben einer gegenseitigen Vorstellung der Arbeit durch die beiden Vorsitzenden, bei der sich eine Reihe von Berührungspunkten zeigte, stand die gemeinsame Sorge um die religiöse Erziehung, insbesondere der Jugendlichen, im Mittelpunkt. Intensiv wurde über die Ausgestaltung des Faches Religion diskutiert und mögliche Verbesserungen der frühen religiösen Sozialisation in der Familie erörtert.

Für die Zukunft sind weitere Gespräche zur Vertiefung aktueller Themen vorgesehen.

„Politik hat mit Moral nichts zu tun“

Pinneberg. Einen denkwürdigen Tag hat der Evangelische Arbeitskreis in der CDU jetzt zum Anlaß genommen, wieder einmal über Grundsätze christdemokratischer Politik nachzudenken: Vor genau einem Jahr erfuhr die Öffentlichkeit zum erstenmal von jenen Machenschaften in der Kieler Staatskanzlei, die dann als Barschel-Affäre das Land erschüttern sollten.

„Haben wir die Affäre eigentlich geistig aufgearbeitet?“ Diese Frage stellte EAK-Kreisvorsitzender **Hans Bleckmann**. „Was geht vor bei uns in der Gesellschaft?“ fragte er weiter. „Verliert der Mensch Achtung, Würde und Respekt?“ Die Spielbankenaffäre in Niedersachsen und der Skandal um hormonverseuchte Kälber seien Anzeichen dafür, daß es uns an verantwortungsbewußtem Umgang mit der Macht mangle.

Daß Moral eine Frage der Mode geworden sei, beklagte der Leiter des Kinderheimes „Friede“ in Prisdorf, **Ulrich Pranz**.

„Was können wir tun?“ fragte EAK-Vorsitzender Bleckmann. „Wir finden in den wichtigen Fragen nicht mehr den richtigen Ton.“ Wir schätzten uns als Menschen zu hoch ein, meinte er und orakelte mit Martin Luther: „Mit unserer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren.“

Eigenständiger Weg zwischen Ost und West – ein deutscher Traum?

Hannover. Deutschland als eigenständige Kraft in der Mitte zwischen Ost und West, neutral, unabhängig zwischen den ideologischen Blöcken, zwischen Kommunismus und Kapitalismus – kann dieser Gedanke die politische Phantasie anregen und nach neuen Wegen suchen lassen? Unter Leitung des Vorsitzenden des EAK Hannover, **OKR Warner Conring**, sprachen und diskutierten darüber **Claus Preller**, Journalist, Redakteur bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, und Oberstleutnant **Bert Beckmann** von der Offizierschule des Heeres in Hannover. Preller beleuchtete die politischen Aspekte, während Beckmann insbesondere die Fragen der Sicherheitsüberlegungen behandelte. Beide Referenten waren sich einig, daß der Sehnsucht nach einem eigenständigen Weg die Vermutung zugrunde liegt, es seien in der Vergangenheit Versäumnisse zu verzeichnen.

Dr. Henning Schwarz 60 Jahre alt

Seit 16 Jahren steht er an der Spitze des Evangelischen Arbeitskreises in Schleswig-Holstein: Der jetzt sechzigjährige Dr. Henning Schwarz, am 5. Oktober 1928 auf Gut Frauenholz bei Oldesloe im holsteinischen Kreis Stormarn geboren. Hier in seiner engeren Heimat hat der promovierte Jurist, Rechtsanwalt und Notar, von der Schulzeit her mit Gerhard Stoltenberg eng befreundet, seinen Weg in die Landespolitik begonnen. 1969 berief ihn Ministerpräsident Helmut Lemke als Justizminister in die Landesregierung, der er 19 Jahre angehörte, zeitweilig zugleich als Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, schließlich zuletzt vom Oktober 1987 bis Mai 1988 als geschäftsführender Ministerpräsident.

1972 hatte ihn der Landesvorstand der CDU Schleswig-Holsteins zum Vorsitzenden des Evangelischen Landesarbeitskreises berufen. Für den Evangelischen Arbeitskreis war es ein Glücksfall, daß mit Henning Schwarz ein Mann die Leitung übernahm, der zugleich in der evangelisch-lutherischen Landeskirche fest verwurzelt ist. Von 1966 bis 1971 war er Vorsitzender der Propsteisynode Stormarn und brachte von daher vielfältige persönliche Beziehungen zu kirchlichen Persönlichkeiten und Gremien mit, die seiner Aufgabe in diesem Amt zustatten kamen. Als Gesprächspartner der Nordelbischen Kirche, deren Verhältnis zur Landes-CDU zeitweilig keineswegs spannungsfrei war, ist er persönlich geachtet und repektiert, denn es war nicht zu übersehen, daß seine geradlinige und klare Haltung als Politiker von einem zutiefst evangelischen Ethos geprägt ist. Ein Mann der lauten Worte ist er nicht, wohl aber der entschiedenen und zugleich verbindlichen. Das hat auch dem Evangelischen Arbeitskreis Schleswig-Holsteins unter seinem Vorsitz das Gepräge gegeben. Und das hat ihn über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus Beachtung eingebracht. So ist er denn, als Richard von Weizsäcker Bundespräsident wurde, an dessen Stelle in das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages berufen worden.

Henning Schwarz hat sich der Leitung des Evangelischen Arbeitskreises Schleswig-Holsteins mit großer Hingabe gewidmet – dies neben vielen anderen Verpflichtungen im Land, in der Landesregierung und der Landespartei. Die Freunde des Evangelischen Arbeitskreises sagen ihm zu seinem 60. Geburtstag dafür aufrichtigen und herzlichen Dank.

Gottfried Mehnert



Mitglieder des neugewählten EAK-Bundesvorstandes
von links: Friedrich Vogel, MdB, Dorothea von Schlieben, Staatsminister
Albrecht Martin, Bundesgeschäftsführerin Birgit Heide, Arnulf Borsche

29. EAK-Bundestagung, 7./8. Oktober 1988, Bonn

Wahl des EAK-Bundesvorstandes
am 8. Oktober 1988

Bundesvorsitzender:
Staatsminister Albrecht Martin, MdL,
Mainz

Stellvertretende Bundesvorsitzende:
Arnulf Borsche, Frankfurt
Bundesminister a. D. Dr. Werner Dol-
linger, MdB, Neustadt/Aisch
Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB,
Hamburg

Staatsminister a. D. Friedrich Vogel,
MdB, Warendorf

Beisitzer:

Hans Bleckmann, Pinneberg
Peter W. Höffkes, MdB, Nürnberg
Gustav Isernhagen, MdL,
Wietendorf

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL,
Korschenbroich

Dr. Gerd Langguth, Bonn

Dr. Friedrich Menke, Bremen

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski,
Schriesheim

Dr. Gerhard Rödding, Bielefeld
Gräfin Dorothea von Schlieben,
Düsseldorf

Klaus Weigelt, Wesseling

Uwe Wienholz, Bietigheim

Waltrud Will-Feld, MdB,
Bernkastel-Kues

Namentlich gekennzeichnete Bei-
träge stellen die Meinung des Ver-
fassers dar, nicht unbedingt die
der Redaktion oder Herausgeber

Freie Meinungsäußerung – freie Meinungsbildung

Hanau. Zu dem Thema „Wir haben die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung – haben wir auch die Möglichkeit der freien Meinungsbildung?“ referierten in der Stadthalle Hanau der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, **Dieter Weirich** und der Chefredakteur der Abteilung für Politik und Zeitgeschehen beim Hessischen Rundfunk, **Dr. Manfred Buchwald**.

Herr Weirich stellte fest, daß in den elektronischen Medien oft Nachricht und Kommentar vermischt werde und er den angelsächsischen Journalismus, der mehr mit harten Fakten und unbequemen Recherchen arbeite und weniger ideologisiert sei, vorziehe. Er fragte, ob die Themengewichtung immer dem Zuschauerinteresse entspreche und wer die Kontrolleure kontrolliere, und bemängelte die fehlende Selbstkontrolle der Journalisten.

Eine deutliche Absage erteilte er der Vorverurteilung von Personen vor allem durch die Printmedien und forderte die Leser auf, diese Medien kritischer zu sehen.

Herr Dr. Buchwald betonte, daß die Information eine „Holschuld“ des Informanten aus den zahlreichen Informationsquellen, daß Objektivität nicht möglich sei, die Subjektivität aber redlich sein müsse. Er sagte, daß die Medien nicht nur einen Dienstleistungs-, sondern auch einen Gestaltungsauftrag hätten.

In der engagiert geführten Debatte wurde vor allem von Mitarbeitern der Hanauer Nuklearbetriebe kritisiert, daß die schwierige Materie der Kerntechnik vereinfacht, verkürzt und negativ dargestellt, daß dem Zuschauer Angst suggeriert werde.

7. Theologisches Abendgespräch des EAK Baden

Christen in politischer Gegnerschaft

Montag, den 21. 11. 1988, 19.30 Uhr

Heinz-Schumann-Haus
7500 Karlsruhe-Rintheim
Heibronner Straße 30

Podiumsgespräch mit:

Staatsminister **Albrecht Martin**, MdL

Ulrich Lang, stellv. Vorsitzender
der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg

Gesprächsleitung:

Dr. Wolfgang Böhme,
Akademiedirektor i. R., Karlsruhe

Gesamtleitung:

Hans-Michael Bender, Karlsruhe

Mikroelektronik bald überall?

Überlingen. „70 Prozent der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik werden 1990 von den neuen Informations- und Kommunikationstechniken erfaßt sein. Die Mikrochips und ihre Anwendungen sind historisch nur mit der Erfindung der Buchdruckerkunst zu vergleichen.“ Dies sagte **Uwe Wienholz**, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises, Landesverband Württemberg, vor der Generalversammlung des EAK der CDU im Bodenseekreis in diesen Tagen voraus. Er verwies auf eine Studie der EKD zum Thema, nach der diese neue Technik nicht nur einseitig aus technischer und wirtschaftlicher Sicht beurteilt werden dürfe. Es gelte, die Chancen für die Wirtschaft, für dicht vernetzte Information und Kommunikation, für Bildung und Kultur und für den Arbeitsmarkt ebenso zu erkennen wie die möglichen Gefährdungen der Familien und weitere Benachteiligungen der schwächeren Glieder unserer Gesellschaft sowie mögliche negative Auswirkungen auf die Publizistik. Nicht das „Ob“ der Einführung der Mikroelektronik könne diskutiert werden, sondern nur noch das „Wie“.

Am Beispiel der in der Bundesrepublik verfolgten Politik gab Wienholz Hinweise für die Bewältigung dieser Herausforderungen in Familie, Schule, Ausbildung in den Betrieben und der Weiterbildung. Nur so könne das Akzeptanz-Defizit, in dem wir uns heute befänden, überwunden werden. Die Diskussion zeigte auf, wie aktuell die angesprochenen Themen sind.

Vorangegangen war ein Rechenschaftsbericht, Entlastung des alten Vorstands und Neuwahlen. Anstelle von **Friedrich Reiner**, der nicht mehr kandidierte, wurden **Frau G. Fleischer** aus Tettngang als erste Vorsitzende, **Klaus-Rainer Latk** und **Walter Zückler** als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Politik braucht eine geistig-geistliche Grundlage

Pfedelbach. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hatte zusammen mit dem CDU-Gemeindeverband Pfedelbach zu einem Diskussionsabend nach Pfedelbach eingeladen. Zu dem Thema „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ sprach **Rainer Sindlinger**, stellvertretender Landesvorsitzender des EAK-Württemberg. Für den EAK zeigte **Hermann Keller** zu Beginn die Aktualität des gewählten Themas auf. Einmal sei die Zeit nach der Landtagswahl geeignet, sich mit Grundsätzlichem zu beschäftigen, zum anderen habe auch der Bundesparteitag dieses Thema zum Inhalt gehabt.

Der Referent stellte an den Anfang seiner Ausführungen die Überzeugung, daß Politik eine geistig-geistliche Grundlage braucht. Dies gelte auch in einer Zeit, in der einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft das „C“ einer modernen Volkspartei im Wege steht. Viele seien der Union beigetreten oder stünden ihr nahe wegen des ausdrücklichen Bezugs zum „C“. Die Union erhebe zwar nicht den Anspruch, nur sie gestalte Politik aus christlicher Verantwortung.

Grundlage für das christliche Menschenbild sei, so führte Sindlinger aus, die Schöpfungsgeschichte wie sie im 1. Mose 1 geschrieben steht. Demnach ist der Mensch zur verantwortlichen Herrschaft über die Natur bestimmt. Er ist kein Geistwesen, sondern mit Instinkten, Trieben und Lüsten versehen. Schmerzen, Krankheit und Tod sind seine Weggefährten. Weiterhin hätten wir unser Leben nicht als „Solisten“ zu gestalten, sondern seien als soziale Wesen zur Mitmenschlichkeit hin geschaffen. Hieraus resultiere der Zwang zur sittlichen Entscheidung im Leben in Verantwortung vor Gott. Es sei also Gabe und Aufgabe des Menschen, sein Leben und die Welt in verantwortlicher Freiheit zu gestalten.

Auf den Spuren der Orgelbauer

Worms. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU unternahm unter Leitung von **Pfarrer Decher** und **Pfarrer Ritter** eine Studienfahrt durch das rheinhessische Hügelland mit dem Schwerpunkt „Kirchen und ihre Orgeln“. Die erste Station galt Mettenheim mit seiner Rokokokirche und der zweimanualigen Stumm-Orgel von 1762, der zweitgrößten Stumm-Orgel im Bereich der hessennassauischen Kirche. **Pfarrer Scheuermann** erläuterte den Kirchenbau als Residenzkirche des Grafen von Wartenberg und streifte die Entwicklung von Mettenheim. **Pfarrer Ritter** sprach über die Geschichte der Orgel, deren 23 Register Joachim Schreiber vorführte.

In Bechtheim vermittelte Kirchenvorsteher **Bertz** einen Einblick in die wechselvolle Geschichte der Basilika St. Lambertus, die ab 1910 der katholischen Gemeinde zur alleinigen Nutzung und Pflege verblieben ist. Aus Platzgründen erhielt die Orgel ihren Sitz auf der erhöhten Bühne über dem Pilgergang. Aus dem Jahre 1979 wurde sie im Stil einer Schwalbenorgel aufgebaut.